

Der Wohnungsmangel in Wien.

Förderung der Bautätigkeit. — Schaffung von 2200 Klein- und Mittelstandswohnungen. — Ein Familien-Einküchenhaus auf der Schmelz.

Die durch die Demobilisierung geschaffenen dauernd unmöglichen Wohnungsverhältnisse in Wien werden bald ein Ende haben. Im Frühjahr soll mit dem Bau von 2200 Klein- und Mittelstandswohnungen begonnen werden, die als Anfang einer für das nächste Jahr geplanten umfangreichen Bautätigkeit gelten. Diese Wohnungen sind vor allem für die Heimkehrer und kinderreiche Familien bestimmt. Als Voraussetzung einer großzügigen Förderung der Bautätigkeit hat die Gemeinde eine Baubedarfs-gesellschaft geschaffen, die die Aufgabe hat, in erster Linie den Bedarf der Gemeinde an Baumaterial zu sichern und weiters auch an private Unternehmungen Bedarfsmittel abzugeben. Die Gemeinde hat sich in der Gesellschaft die größere Hälfte der Aktien gesichert und geht daran, das Unternehmen auch in der Zukunft auszugestalten, daß die Beförderung des Baumaterials in eigener Regie durch einen entsprechenden Wagenpark nach den Bauplätzen erfolgt. Damit ist auf eine bedeutende Verminderung der Baukosten zu rechnen, andererseits auch eine steigende private Bautätigkeit zu erhoffen.

Als neue Einrichtung soll auf der Schmelz ein Familien-Einküchenhaus entstehen, für dessen Ausführung der Genossenschaft „Heimhof“ ein Baurecht sichergestellt wurde. Es ist dies der erste Versuch, sämtliche Bewohner eines Hauses von einer Küche aus zu versorgen und nach den Erfahrungen wird es abhängen, ob dieses System weitere Verbreitung findet.

Ueber die diesbezüglichen Beschlüsse des Wohnungsfürsorgeausschusses berichten wir:

In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für städtische Wohnungsfürsorge erfolgte die Rekonstituierung desselben, bei welcher Hr. Dr. St. St. zum Obmann und Gemeinderat Dr. Scheu zum Obmannstellvertreter gewählt wurden. Direktor Dr. Sagmeister des Wohnungsamtes erstattete einleitend einen Bericht, in welchem er ausführte, daß durch die infolge der Demobilisierung erfolgte Massenzuwanderung der Wohnungsbedarf noch auf längere Zeit weitans nicht gedeckt sein wird, wenn auch die Zugewanderten vorläufig wenigstens Unterstand oder Notunterkünfte gefunden haben. Die Abwanderung könne bei der Unmöglichkeit des Möbeltransportes erst für einen späteren Zeitpunkt in Betracht kommen. Sowie auch über den künftigen Niedergang Wiens gesprochen wird, so liegt doch bisher kein Anhaltspunkt dafür vor, daß die Nachfrage nach Wohnungen abgenommen habe.

Direktor Dr. Sagmeister berichtet über die Bestellung eines Baurechtes zwecks Errichtung von 2200 Klein- und Mittelstandswohnungen. Es sei dies die erste Vorlage, welche neben der bereits eingeleiteten Bauführung durch die Gemeinde zur Errichtung sogenannter Kriegswohnungen mit einem Kostenaufwande von 20 Millionen, besonders für kinderreiche Familien und Arbeitslose eine umfangreiche Förderung der Bautätigkeit bezweckt. Bei der Vorlage handle es sich um die Frage des sogenannten „verlorenen Mehraufwandes“. Da es ganz ausgeschlossen ist, in absehbarer Zeit Wohnungen zu einem Preise herzustellen, daß sie rentabel sind, muß also für den verlorenen Mehraufwand von Seiten der Gemeinde in der Weise eingetreten werden, daß für eine jährliche reine Verzinsung von 5% und 1/2% Tilgung des gesamten Kapitals gehaftet wird. Diese veranschlagten Bauten sollen bereits nach den Bestimmungen der neuen Bauordnung errichtet

werden und ihren erhöhten Anforderungen entsprechen. Es sollen vor allem große freie Flächen vorhanden sein und selbst Wohnungen mit Zimmer, Kabinett und Küche mit eigenem Bad und Klosett, mit Gas und elektrischem Licht geschaffen werden, wie sie bisher kaum üblich waren. Die Höhe des Mietzinses ist im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen. Die Gemeinde habe es daher in der Hand, die mittlere Linie zu halten, übermäßige Zinse zu verhindern, andererseits aber die Ausfallgarantie nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen. Die Wohnungen dürfen nur an Kriegsteilnehmer und kinderreiche Familien vergeben werden. Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten, wurden die Anträge des Referenten genehmigt. Hierauf wird ein auf die gemeinnützige Bautätigkeit abgestellter Antrag, welcher die Errichtung von 1000 Kleinwohnungen durch die Erste Gemeinnützige Baugesellschaft für Kleinwohnungen zum Gegenstand hat, angenommen. Die beiden Projekte erfordern eine Bau summe von rund 35 Millionen Kronen, mit dem Bau soll bereits im Frühjahr begonnen werden.

Eine weitere Vorlage des Wohnungsamtes betraf die Bestellung eines Baurechtes für einen Platz auf der Schmelz zugunsten der Genossenschaft „Heimhof“. Hier soll als neue Einrichtung ein Familien-Einküchenhaus geschaffen werden. Endlich erledigte der Ausschuss noch mehrere Ansuchen um Baurechte für die Erbauung von Kleinhäusern.